

OSTKONVENT

Samstag, 6. April 2019, in Erfurt

ZUKUNFTSPROGRAMM OST JETZT IST UNSERE ZEIT.

AUFARBEITUNG, ANERKENNUNG UND AUFBRUCH

Deutschland benötigt einen neuen Blick auf Ostdeutschland und auf die Rolle Ostdeutschlands in der Bundesrepublik. Denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, beschäftigen nicht nur Deutschland insgesamt, sondern Gesellschaften in ganz Europa, ja weltweit. In Ostdeutschland haben sie aber oft eigene Ursachen, andere Dimensionen und andere Konsequenzen.

Die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte sind groß: Digitalisierung, künstliche Intelligenz und neue Robotertechnologien bringen in der Arbeitswelt einen erneuten Wandel für die ostdeutsche Wirtschaft mit spürbaren Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitsplätze. An den bevorstehenden Veränderungen müssen die Menschen in Ostdeutschland mehr und besser teilhaben, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die gesellschaftliche Polarisierung gepaart mit zunehmend ungerechteren Verhältnissen sind schädlich für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und deshalb für uns nicht hinnehmbar.

30 Jahre nach der friedlichen Revolution kommen wir mit alten Konzepten, Denkweisen und Schablonen nicht mehr weiter. Die Umbruchsphase aus der Zeit nach 1990 ist endgültig zu Ende eine neue Phase hat längst begonnen. Sie betrifft nicht nur Deutschlands Osten – aber sie betrifft ihn in besonderer Weise. Deshalb müssen wir spezielle Lösungen finden.

Die Erinnerung an die friedliche Revolution und den Mauerfall vor 30 Jahren wollen wir mit einem erneuten Aufbruch für Ostdeutschland verbinden. Gemeinsam haben die Menschen im Herbst 1989 Grenzen eingerissen und demokratischen Strukturen erkämpft. Die neue Freiheit führte aber auch zu Verunsicherungen, beruflichem oder gesellschaftlichem Statusverlust und einer gefühlten Bevormundung mit häufig harten beruflichen und familiären Verwerfungen. Doch zugleich war diese Zeit auch gekennzeichnet von dem Gefühl des Aufbruchs, von Stolz und dem Willen, unsere Gesellschaft besser zu machen.

Genau das taten viele Ostdeutsche dann auch erfolgreich – wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen beträchtlichen Anteil daran. Heute tragen wir in allen ostdeutschen Bundesländern als Regierungspartei Verantwortung. Dennoch muss sich die SPD vielerorts neues Vertrauen erarbeiten. Das wollen wir tun, indem wir wirklichkeitstaugliche Lösungen anbieten. Unser Land braucht mehr Zusammenhalt und mehr Gemeinsinn, mehr Miteinander und mehr Gerechtigkeit, mehr Respekt und mehr Anerkennung für die vielen Menschen, die sich jeden Tag ins Zeug legen, Verantwortung übernehmen oder sich ehrenamtlich engagieren. Dabei versteht auch die ostdeutsche Sozialdemokratie vor allem die Nachhaltigkeitsziele 2030 der Vereinten Nationen (SDG) als Leitbild unseres politischen Handelns. Nur mit diesem Ansatz können die großen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Zielkonflikte gemeinsam angegangen und gelöst werden. Gerade Sozialdemokraten müssen Ziele wie „Gute Arbeit“, geringere Ungleichheit, Industrie und Innovation, Klima -und Umweltschutz, nachhaltige Städte und Gemeinden sowie bezahlbare und saubere Energie miteinander in Einklang bringen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

NEUE ZUVERSICHT UND HOFFNUNG FÜR DEN OSTEN

Mit unserem „Zukunftsprogramm Ost“ wollen wir Forderungen und Ideen für eine handlungsfähige Politik vorlegen. Es geht um Anerkennung und Aufbruch, um Fortschritt und Nachhaltigkeit, um Ausgleich und Zusammenhalt. Wir müssen vernünftig und grundsätzlich auf die neuen gesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen reagieren. Dazu brauchen wir eine Politik, die die Zielkonflikte klar benennt:

- ☞ **Darum beschreiben wir im „Zukunftsprogramm Ost“ ein ehrgeiziges Reformprojekt für Investitionen in Innovation und Infrastruktur.** Voraussetzung hierfür sind gute Einkommen, leistungsfähige Betriebe, bezahlbare Energie, eine Offensive bei Verkehr und digitaler Infrastruktur, bei der betrieblichen Forschung und Entwicklung, ausreichend gewerbliche Gründungen und Betriebsübergänge sowie gut qualifizierte Arbeitskräfte.
- ☞ **Darum beschreiben wir eine Reformpolitik für einen neuen sozialen Ausgleich.** Die ostdeutsche Aufbaugeneration nach 1989 hat sich durch die Umbrüche gekämpft, die Wirtschaft wieder aufgebaut und dabei oft auf angemessene Löhne verzichtet. Gerade diese Aufbaugeneration beklagt heute fehlenden Respekt vor ihrer Lebensleistung, macht sich Sorgen um ihre Renten und befürchtet sozialen Abstieg. Die Ost-SPD begreift sich ausdrücklich als Interessenvertretung all jener, die nur kleine Einkommen und geringe Vermögen besitzen.
- ☞ **Darum machen wir deutlich, dass gleichwertige Lebensverhältnisse ein zentrales Thema bleiben.** Wir brauchen in ganz Deutschland eine Diskussion darüber, wie wirtschaftlich starke Regionen strukturschwache Gebiete unterstützen können. Nicht nur im Osten erleben vor allem Menschen aus ländlichen sowie klein- und vorstädtischen Gebieten den Rückzug des Staates und das Wegbrechen von wesentlichen Elementen der Daseinsfürsorge als persönliches Entwertungsgefühl. Hier wirkt sich die Zentralisierung der letzten Jahre negativ aus. Landesbehörden wurden in die Zentren verlegt. Diese Entwicklung muss in eine neue Balance gebracht werden. Der absehbare Ausstieg aus der Braunkohle und die vereinbarte Unterstützung des Übergangs eröffnet die Chance, strukturschwache Regionen im Osten noch einmal neu zu erfinden.

- ☞ **Darum halten wir einen demokratischen und gesellschaftlichen Aufbruch in Ost und West für notwendig.** Drei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit ist die Debatte über Enttäuschungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten der Nachwendezeit neu aufgebrochen. Zugleich versuchen Rechtsextreme in Deutschland die Parlamente zu erobern und auszuhöhlen. Der Blick auf unsere osteuropäischen Nachbarländer – etwa in Polen, Russland oder Ungarn – zeigt, um was es geht: Demokratie und Freiheit sind in Gefahr. Das bedeutet aber zugleich eine neue Chance für die demokratische Zivilgesellschaft. Auch Menschen, die bislang distanzierter waren, engagieren sich nun vermehrt. Hier können neue Impulse für einen neuen Zusammenhalt in der ostdeutschen Gesellschaft entstehen.
- ☞ **Darum lassen wir nicht zu, dass der Osten schlecht geredet wird.** Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kennen die Probleme im Osten. Wir verurteilen und bekämpfen den Rechtsextremismus seit Jahrzehnten. Umso besser wissen wir, wie falsch und schädlich billige Pauschalurteile über Ostdeutschland und die Ostdeutschen sind. Dazu gehört für uns, diejenigen zu unterstützen, die seit Jahrzehnten mutig für die demokratische Zivilgesellschaft eintreten.
- ☞ **Darum ist Ostdeutschland im Jahr 2019 auch kein unvollendetes Deutschland, kein Defizit-Deutschland.** Es geht nicht mehr um eine Anpassung an den Westen, sondern um gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir werden die Bedingungen, unter denen wir im Osten leben, selbstbewusst weiterentwickeln und unsere Interessen couragiert vertreten. Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Medien in der Bundesrepublik sind immer noch westdeutsch dominiert. Noch immer gehören spezifische Erfahrungen aus Ostdeutschland nicht zum kollektiven Gedächtnis und zum Alltag des Landes.

1. GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN OST UND WEST

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in Nord und Süd, Ost und West. Es gibt immer noch erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen wie zum Beispiel unterschiedliche Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten oder auch eklatante Unterschiede in Mobilität und Angeboten der Daseinsvorsorge. Gerade in Ostdeutschland sind in den Umbrüchen der Nachwendezeit nicht nur zahlreiche Betriebe mit hunderttausenden von Arbeitsplätzen verschwunden, sondern auch die Angebote für ein gutes Leben vor Ort.

Wir begrüßen deshalb die Einsetzung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten, wie wir Daseinsvorsorge und Wachstumsperspektiven insbesondere für die strukturschwachen Regionen sicherstellen können. Denn der Angleichungsprozess zwischen Ost und West darf nicht stagnieren, obgleich es auch im Westen Regionen gibt, die einen industriellen Strukturwandel erlebt haben und noch erleben werden. Nach dem Auslaufen des Solidarpakts brauchen wir daher einen neuen Pakt für strukturschwache Regionen in Ost und West.

Ein gesamtdeutsches Fördersystem, das von der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ entwickelt werden soll, muss das wirtschaftliche Wachstum und das Innovationspotential in allen strukturschwachen Regionen stärken. Dabei muss die Strukturschwäche in den neuen Ländern besondere Berücksichtigung finden. Die Finanzmittel, die zur Bewältigung des Strukturwandels in den Kohleregionen aufgebracht werden, dürfen nicht anderen strukturschwachen Regionen angerechnet werden.

Bestehende Förderprogramme der regionalen Strukturpolitik sind durch eine Neuausrichtung der Förderbereiche zu schärfen und noch stärker auf strukturschwache Regionen auszurichten. Dafür ist es notwendig, bestehende Fördersysteme neu auszugestalten, damit die Mittel dort ankommen, wo sie auch benötigt werden.

Außerdem ist es notwendig, dass der Bund fehlende Investitionsmöglichkeiten der strukturschwachen Regionen, die sich durch das Auslaufen des Solidarpakts II und den Kürzungen bei den EU-Strukturfonds ergeben, ausgleicht.

Wir fordern deshalb:

- ☞ eine Ausrichtung der Verteilungsschlüssel für sämtliche Förderprogramme und Finanzhilfe an der jeweiligen Strukturschwäche.
- ☞ eine Verstetigung und finanzielle Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“.
- ☞ eine Stärkung der regionalen Innovationspolitik zugunsten strukturschwacher Regionen durch Stärkung der Förderprogramme „Richtlinie zur FuE-Förderung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen – Innovationskompetenz (INNO-KOM)“ und „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“.
- ☞ eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ durch Stärkung der Förderbereiche, die dem Gemeinwesen dienen.
- ☞ Eine Neuausrichtung der Forschungsförderung, so dass strukturschwache Regionen vorrangig profitieren.
- ☞ bei der anstehenden Neustrukturierung der Städtebauförderung darauf hinzuwirken, dass die Fördermittel für Ostdeutschland erhalten bleiben. Darüber hinaus erwarten wir eine Verstetigung und finanzielle Aufstockung der Bundesprogramme „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Jugend, Kultur und Sport“ und „Soziale Integration im Quartier“.
- ☞ eine schnellstmögliche flächendeckende Abdeckung strukturschwacher Regionen mit Sprachtelefonie und mobilen Internet anzustreben.
- ☞ ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot vor allem in strukturschwachen Regionen zu gewährleisten.

Dort, wo wir im Rahmen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ostdeutsche Ideen wiederbeleben, wie bei den Polikliniken oder bei den Quartierskümmerern, sollten wir das auch so benennen. Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen im Alltag spürbar sein: Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, in Ost und West, für Frauen oder Männer.

Wir wollen einen Paradigmenwechsel: Das Gemeinwohl muss an erster Stelle stehen. Rein ökonomische Interessen dürfen nicht immer Vorrang haben. Nicht alles muss sofort Rendite abwerfen. Manchmal bedarf es auch kreativer Lösungen, um die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die wir politisch wollen, zu gewährleisten.

2. REFORMPROGRAMM FÜR WIRTSCHAFT, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR

Automatisierung und Digitalisierung werden unsere Wirtschaft, die Arbeitswelt und unseren Alltag umfassend verändern. Wir Ostdeutsche kennen uns mit Umbrüchen aus. Wir besitzen Improvisationskraft, Leistungsbereitschaft und eine Anpassungsfähigkeit, die man in solchen Umbruchszeiten braucht. Wir kennen auch die Fehler, die in solchen Phasen begangen werden.

WIRTSCHAFT

Der Osten kann mit seinem hohen Ausbildungsniveau und seiner dezentraleren, flexibleren Produktionsstruktur zum Nutznießer des Aufbruchs ins neue Industrie-Zeitalter werden. Voraussetzung sind unter anderem bezahlbare Energie, eine Stärkung des Exports und der betrieblichen Forschung und Entwicklung sowie ausreichend gewerbliche Gründungen und Betriebsübergänge. Wir brauchen dabei einen „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern. Erst solch ein Entwicklungsvorsprung ermöglicht es Ostdeutschland, strukturelle Nachteile wettzumachen sowie neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die Region zu ziehen. Exemplarische Felder für den „Vorsprung Ost“ könnten sein:

- ☞ Die ostdeutschen Länder könnten zeigen, wie E-Mobilität funktioniert. Dazu sollen Forschung und Entwicklung sowie die Produktion von Batteriezellen als europäisches Leitprojekt in Ostdeutschland angesiedelt werden.
- ☞ Ein weiteres Leitprojekt sollte die Wasserstofftechnologie als zugleich umweltschonende und zukunftsorientierte Methode für einen modernen Verkehrsantrieb sein. Wasserstoff für die Brennstoffzelle lässt sich aus Überschüssen regenerativer Energie herstellen.
- ☞ Ostdeutschland kann **Experimentierraum für neue Mobilitätslösungen** sein. Hierzu bedarf es einer gesonderten Förderung der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur.
- ☞ Um die Konkurrenzfähigkeit bei Schlüsseltechnologien wie der **künstlichen Intelligenz (KI)** zu erhalten, fordern wir ein milliardenschweres Investitionspaket. Damit könnte in Ostdeutschland ein europäischer Forschungsverbund eingerichtet werden.
- ☞ Die Digitalisierung bietet neue Chancen für ländliche Räume. Zum einen können landwirtschaftliche Betriebe effizienter und ressourcenschonender arbeiten und neue Vertriebswege entwickeln. Zum anderen können digitale Infrastruktur und digitale Lösungen für Mobilität, Gesundheit und Verwaltung dem ländlichen Raum neue Attraktivität verleihen. Hierzu soll ein **Kompetenzzentrum „Digitalisierung und ländlicher Raum“ in Ostdeutschland** angesiedelt werden.
- ☞ Wir brauchen eine aktive und strategisch ausgerichtete Industriepolitik. Dabei geht es um die Sicherung und den Ausbau industrieller Wertschöpfungsketten zwischen der Industrie und den oft kleinen und mittelständischen Innovationstreibenden. Zur Unterstützung muss der **Zugang zu EU-Strukturfondsmitteln gesichert** bleiben. Die Mittelvergabe sollte künftig an Bedingungen geknüpft werden. Zum Beispiel in Form von guter Arbeit oder Arbeit mit Tarifbindung. Auch könnten Firmen besonders gefördert werden, die keine oder nur wenige Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beschäftigen. Zudem könnte die Förderung daran gebunden werden, ob das Unternehmen im Osten auch Forschung und Entwicklung betreibt.

- ☞ **Den Ergebnissen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung müssen nun Taten folgen.** Für die betroffenen Regionen bietet der Kohleausstieg große Chancen. Ziel muss sein, für die demnächst schrumpfende Wertschöpfung adäquaten Ersatz zu schaffen. Wir halten es für notwendig, die Bedeutung von Industrie und Industriearbeitsplätzen in der Öffentlichkeit stärker herauszustellen. Ohne Industriearbeitsplätze wird es deutlich weniger Kaufkraft in der Region geben, was sich auf Infrastruktur, Handel und weitere nachgelagerte Sektoren auswirkt. An den neuen Institutionen (etwa Revierbegleitausschüsse oder Regionalagenturen) sind die **Sozialpartnerinnen und Sozialpartner** zu beteiligen.

ARBEIT UND FACHKRÄFTE

Wir werden nur dann wirtschaftlich und sozial erfolgreich sein, wenn die Interessen auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Die Erfahrung in anderen Ländern zeigt, dass gesellschaftliche Polarisierung niemandem nützt. Im digitalen Wandel brauchen wir mehr Sozialpartnerschaft und Tarifbindung. Tarifbindung führt zu besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen und ist eher geeignet, Interessen auszugleichen als es staatliche Vorgaben vermögen.

Die Fachkräftefrage ist eine der zentralen Zukunftsfragen Ostdeutschlands. Nicht wenige Branchen suchen händeringend Fachkräfte, während es in anderen einen Arbeitskräfteüberschuss gibt. Besonders schwierig ist die Situation für die im Osten dominierenden Kleinstbetriebe mit weniger als zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Zentral für die Anwerbung von Fachkräften sind eine gute Aus- und Weiterbildung, gute Löhne sowie ein attraktives Marketing. Wir müssen aber auch die eigenen Strukturen reformieren.

- ☞ **Weiterbildung muss zu einer gleichberechtigten Säule unseres Bildungssystems werden.** Wir wollen im Osten eine attraktive Weiterbildungslandschaft entwickeln. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen erkennen, dass Weiterbildung einen Mehrwert beinhaltet, von dem alle profitieren. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen einen Anspruch auf Qualifizierungsfreistellung und Bildungsurlaub haben. Gerade hier können Tarifverträge, die in der Breite notwendige Weiterbildung sicherstellen.
- ☞ Das am 1. Januar 2019 in Kraft getretene **Qualifizierungschancengesetz** ist ein Meilenstein, weil es die Weiterbildungsförderung jener Beschäftigten verbessert, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können. Wir wollen einen gesetzlich verankerten **Rechtsanspruch auf Weiterbildung**.
- ☞ Für diejenigen, deren Jobs durch den technologischen Wandel wegfallen, schaffen wir eine **Qualifizierungsgarantie**. Wer sich auf den Weg macht, im Arbeitsleben einen neuen Beruf zu erlernen, soll gefördert und nicht durch Lohneinbußen benachteiligt werden.
- ☞ Weltweit sind die wichtigsten Faktoren für wirtschaftlichen Erfolg **Kreativität und Weltoffenheit, Forschungsgeist und Offenheit für Neues**. Auch Ostdeutschland wird auf Dauer nur als weltoffene Region erfolgreich sein können. Auch darum müssen wir Rechtspopulismus, **Rassismus und Rechtsextremismus weiter entschieden bekämpfen**.

- ☞ Um das Berufsschulzentrennetz zu erhalten und berufliche Bildung zu stärken, wollen wir Bundesfachklassen im Osten halten und neu ansiedeln. Berufsschulen wurden zu lange vernachlässigt. Sie müssen die neuesten Inhalte vermitteln können und benötigen daher eine entsprechende Ausstattung.
- ☞ **Gute Löhne sind eine weitere Voraussetzung für die Bekämpfung des Fachkräftemangels.** In diesem Zusammenhang brauchen wir dringend eine Aufwertung der sozialen Berufe – vor allem im Bereich Erziehung und Pflege.
- ☞ Wir wollen **tarifgebundene Unternehmen steuerlich besser stellen** als nicht tarifgebundene Unternehmen. Es müssen mehr Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich gestellt werden. Dafür fordern wir, das **Vetorecht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen abzuschaffen**. Wir begrüßen das klärende Urteil des Bundesarbeitsgerichts, **dass Tarifverträge Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich besser stellen dürfen**.
- ☞ Wir wollen die **Arbeitszeit in Ost und West angleichen**.
- ☞ Schließlich wollen wir mehr Aufstiegsmöglichkeiten im Osten: Hier haben **Menschen ohne berufliche oder akademische Qualifikation besonders geringe Chancen am Arbeitsmarkt**.
- ☞ **Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung. Damit beginnen wir in Ostdeutschland.** Wir wollen ein flächendeckendes Beratungsangebot für eine gezielte Förderung von Aufstieg, Weiterbildung, Mentoringkonzepten und der Befreiung aus unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung aufbauen.
- ☞ Auf Bundesebene muss die Arbeitslosenversicherung zu einer **solidarischen Arbeitsversicherung entwickelt** werden, die nicht nur bei Arbeitslosigkeit greift, sondern möglichst hilft, Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen.
- ☞ Wir wollen die Menschen **gezielter fördern und weniger gängeln, um Aufstiegsperspektiven zu verbessern. Wir unterstützen daher die Absicht, Hartz IV durch ein Bürgergeld zu ersetzen.** Wer das Bürgergeld bezieht und ohne Berufsabschluss ist, soll einen **Anspruch auf das Nachholen eines Berufsabschlusses erhalten**. Die bisherige Regelung, dass nur zwei Jahre gefördert werden, halten wir für unsinnig, da viele Ausbildungen drei Jahre dauern. Daher wollen wir auch Qualifizierungsmaßnahmen förderfähig machen, die länger als zwei Jahre währen oder auch eine vollständige Berufsausbildung umfassen.
- ☞ Zum Bürgergeld gehört ein monatlicher **Bonus für Weiterbildung**. Wer sich im Leistungsbezug weiterbildet, sollte auch von einem Weiterbildungsunterhalt profitieren.
- ☞ Ein fehlender Berufsabschluss ist weiterhin der größte Risikofaktor sowohl für den Verlust des Arbeitsplatzes als auch für eine spätere Bedürftigkeit. Deswegen werden wir auch das **dritte Umschulungsjahr** finanzieren.
- ☞ Es darf kein Talent verloren gehen. Die Einführung von **Jugendberufsagenturen** hat sich bewährt. Diesen Weg gehen wir weiter, um mehr und flexiblere Möglichkeiten für Ausbildung – auch in schulischen Modellen – zu schaffen. Ziel ist die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung**.

INFRASTRUKTUROFFENSIVE

- ☞ Gute Infrastruktur und Mobilitätsangebote sind Grundbedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Doch die ungleiche Entwicklung zwischen wenigen prosperierenden Ballungsräumen und vielen ökonomisch schwachen, ländlichen Gebieten hält an und verstärkt sich, wenn Politik nicht aktiv gegengesteuert.
- ☞ **Die Infrastrukturentscheidungen, die sich in der Regel an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner orientieren, werden den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern in bevölkerungsarmen Gegenden nicht gerecht.** Hier brauchen wir eine Offensive in puncto Kinderbetreuung, Bau von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir brauchen Weiterbildungsangebote, eine bürgernahe Verwaltung, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Teilhabe und Mobilität für alle.
- ☞ **Der Ausbau von 4G und 5G muss in Ostdeutschland bevorzugt erfolgen. Es muss einen Bonus geben für Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte.** Wir brauchen eine Versorgung bis in die kleinen Dörfer und zur letzten Milchkanne. Denkbar sind Sondermaßnahmen für die Errichtung von Funkmasten und die Einrichtung von regionalem Roaming. **5G-Frequenzen dürfen nur an Mobilfunkanbieter vergeben werden, die eine flächendeckende Versorgung gewährleisten. Wir brauchen eine effiziente öffentliche Kontrolle der Netze und einen Rechtsanspruch auf eine Mindestqualität der digitalen Infrastruktur.**
- ☞ Es braucht weiter eine verstärkte **Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.** Wir brauchen flexible und mobile Infrastrukturangebote im ländlichen Raum, damit die alltäglichen Wege zu Schule, Arbeit oder Ärztin und Arzt auch ohne eigenes Auto möglich sind. Ostdeutschland könnte Modellregion für neue vernetzte Angebote sein. Dabei sind Bahn, Bus, Ruf- und Bürgerbusse sowie Sammeltaxis in den jeweiligen Regionen aufeinander abgestimmt; sie werden durch private und gewerbliche Mitfahrdienste ergänzt.
- ☞ **Moderne Verkehrsinfrastruktur und Mobilität muss alle Regionen erreichen.** Wir müssen Planungsprozesse vereinfachen, um das Tempo bei der Umsetzung zu erhöhen. Die öffentliche Hand muss wieder attraktiver Auftraggeber für Planungs- und Bauleistungen sein. **Die Bauwirtschaft benötigt kontinuierliche und langfristige Sicherheit bei öffentlichen Projekten. Noch vorhandene personelle Planungskapazitäten für Bahn- und Straßenprojekte in Ostdeutschland müssen erhalten bleiben.**

Die Bahn muss verlässliche Personen- und Güterverkehre in allen Regionen sicherstellen. Dazu gehören:

- ☞ Eine konsequente und koordinierte Nutzung von EU- und Bundesprogrammen zum Ausbau der **Schieneninfrastruktur und Elektrifizierung in den ostdeutschen Ländern, auch für die Verbindungen nach Polen und Tschechien**
- ☞ Zügige **Umsetzung des Deutschland-Taktes und Anbindung aller ostdeutschen Großstädte an den Bahnfernverkehr**
- ☞ **Bahnstrecken im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben**
- ☞ **Leistungsfähige Trassen für den schienengebundenen Güterverkehr zwischen West- und Osteuropa sowie Skandinavien,** um den extrem hohen LKW-Transitverkehr auf den Autobahnen durch Ostdeutschland zu verlagern.

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Ostdeutschland bietet eine breite Wissens- und Forschungslandschaft. Von der steuerlichen Forschungsförderung profitiert bislang allerdings kaum ein ostdeutsches Unternehmen, weil bei der Ansiedlungsförderung zu selten auf die Bereiche Forschung und Entwicklung geachtet wurde. Das muss korrigiert werden. Wir brauchen einen Ostbonus für die Unternehmen, die im Osten in Forschung und Entwicklung investieren.

- ☞ Wir brauchen da Wachstum, wo es in der Vergangenheit am häufigsten gefehlt hat. **Kooperationen zwischen Fachhochschulen, Wirtschaft und außeruniversitären wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen sind ebenso nötig wie eine exzellente Grundlagenforschung.**
- ☞ Wir haben gute Förderprogramme für den Wissens- und Technologietransfer und für Unternehmensgründungen. **Wir müssen vor allem die Fachhochschulen als strategischen Partner in den Blick nehmen.** Fachhochschulen sind in der Regel gut vernetzt, mit gut ausgebildeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zahlreichen Studierenden. In Ostdeutschland sind sie unser größtes Potenzial für die anwendungsnahe Forschung.
- ☞ Forschungseinrichtungen nehmen – wo sie vorhanden sind – bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen eine zentrale Rolle ein. Sie geben wichtige Impulse für die Entwicklung von Unternehmen, den Auf- und Ausbau von wirtschaftlichen Clustern sowie den Wissenstransfer. **Daher kommt einer weiteren gezielten Ansiedlung von Bundesforschungseinrichtungen in Ostdeutschland – beispielsweise für die Wasserstoffforschung – hohe Priorität zu.**
- ☞ Insgesamt spielen Forschung und Entwicklung in den Unternehmen Ostdeutschlands nach wie vor eine zu geringe Rolle. Deshalb sollen die Forschung und Entwicklung-**Ausgaben in kleinen und mittleren Unternehmen gezielt steuerlich gefördert werden.**

ENERGIE, KLIMA, UMWELTPOLITIK

- ☞ In der Energieerzeugung ist **Ostdeutschland seiner Zeit deutlich voraus** – kein anderes Übertragungsnetz hat einen solch hohen Anteil an erneuerbarem Strom wie das ostdeutsche.
- ☞ **Manche Regionen stehen allerdings auch vor einem massiven Strukturwandel.** Dieser Prozess wird mit Brüchen einhergehen, aber auch neue Chancen bieten. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die den Kohleausstieg vorbereitete, hat sinnvolle Vorschläge vorgelegt. Wir werden diese Transformation so gestalten, dass niemand ins Bergfreie fällt. In Ostdeutschland können wir mit unseren Erfahrungen auch für andere Reviere in Europa Beispiel für einen innovativen und nachhaltigen Wandel sein.
- ☞ Wir wissen, dass die Energiewende, insbesondere für die Menschen im ländlichen Raum, nachvollziehbar sein muss. Dort, wo große Erzeugungsanlagen und -parks entstehen, müssen die Menschen und Gemeinden vor Ort davon profitieren. **Dafür muss der Bund eine verpflichtende, umsatzabhängige Abgabe schaffen, die den Kommunen direkt zugute kommt.** Solche Teilhabe an der regionalen Wertschöpfung ist notwendig für die Akzeptanz der Energiewende.
- ☞ Es müssen aber **noch weitere Teile der Wertschöpfung an die Standorte der Stromerzeugung herangeholt werden.** Wir schlagen vor, größere Mengen des vor Ort erzeugten Stroms auch regional nutzbar zu machen. Insbesondere dann, wenn mehr Energie anfällt, als die Netze aufnehmen können. Dieser überschüssige Strom kann dazu beitragen, den Wandel im Wärme-

und Verkehrssektor zu beschleunigen. **Deshalb schlagen wir eine Experimentierklausel im Bundesrecht vor, die mindestens 100 Versuchsprojekte für diese sogenannte Sektorenkopplung ermöglicht, ohne das geltende Energierecht komplett umzukrempeln.** Ein größerer Teil dieser 100 Pilotprojekte müsste in jenen Regionen starten, die schon heute hohe Anteile erneuerbarer Energie ins Netz einspeisen. Die Pilotprojekte würden nicht nur die Netze entlasten, sondern auch dazu beitragen, neue Anwendungsfälle in der Wärmeversorgung und der Mobilität – beispielsweise durch Wasserstoffherzeugung mittels Strom – anzustoßen. Damit würden neue Technologien entstehen und die Wertschöpfung bliebe vor Ort.

- ☞ **Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Digitalisierung auf allen Ebenen konsequent vorangetrieben wird.** Gerade in Ostdeutschland erleben die Stromnetze – auch infolge des engagierten Ausbaus erneuerbarer Energienanlagen – einen schnellen und steten Wandel. **Hier muss ein großes Pilotgebiet für die flächendeckende Einführung digitaler Netze entstehen.**
- ☞ Die ostdeutschen Verteil- und Übertragungsnetze sind in den vergangenen Jahren bereits erheblich ausgebaut und modernisiert worden. Ein Großteil dieser Kosten wurde nicht zuletzt von den Stromkundinnen und Stromkunden in Ostdeutschland bezahlt, obwohl der Nutzen dem ganzen Land zugute kommt. **Wir werden uns auf Bundesebene daher für ein gerechtes Finanzierungsmodell des Netzausbaus einsetzen.**
- ☞ Die Versorgungssicherheit im **Energiebereich ist längst eine gemeinsame europäische Aufgabe.** Im Interesse einer stabilen Versorgung, aber auch als sichtbares Zeichen eines traditionell verlässlichen wirtschaftlichen Austausches begrüßen wir die zweite Nord-Stream-Trasse als europäischrussisches Projekt und die ihr landseitig folgende Nord-Süd-Gaspipeline von der Ostsee nach Tschechien.
- ☞ Wir im Osten können die Gesellschaft voranbringen, wenn wir uns einerseits zu unserer Vergangenheit bekennen, andererseits die Erwartungen besonders der jungen Generation aufgreifen und unser Leben, Wirtschaften und Arbeiten auf **Nachhaltigkeit** ausrichten. Aus unserer Sicht ist Nachhaltigkeit nicht Verzicht, sondern Verantwortung und Lebensqualität. Im Sozialen ebenso wie in der Arbeitswelt und im Umweltbereich.

LANDWIRTSCHAFT

- ☞ **Landwirtschaft muss sich lohnen:** Wir wollen keine pauschale Abkehr von größeren Betriebsstrukturen, aber hin zu einer gezielteren Förderung kleinerer und familiengeführter Betriebe. In den ostdeutschen Ländern dominieren größere land- und forstwirtschaftliche Betriebsstrukturen. Unser Ziel ist, für eine breite Streuung von Eigentum zu sorgen und die Konzentration von Bodeneigentum und Betrieben in den Händen weniger, meist renditegetriebener Kapitalanleger zu verhindern.
- ☞ Unsere Landwirtschaft trägt neben der Produktion gesunder Lebensmittel Verantwortung für unsere Lebensgrundlagen. **Auch der Tierschutz muss eine herausgehobene Rolle spielen.** Wir streben eine gerechte und nachhaltige EU-Förderpolitik an. Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) umbauen, weg von pauschalen Zahlungen, hin zu einem echten Leistungsprinzip, das Umwelt und Landwirtschaft gleichermaßen nutzt. Ökonomisch-ökologische Vernunft hat für uns Vorrang vor Verboten und einer ausufernden Bürokratie.

- ☞ **Ländliche Räume** verändern sich. Wir begreifen die Strukturschwäche des Ostens als Chance und halten an dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in Deutschlands fest. Digitale Technologien unterstützen **neue Formen der Mobilität**, der sozialen Daseinsvorsorge oder bieten wirtschaftliches Entwicklungspotential: Die ländlichen Räume können davon profitieren – wenn flächendeckend Netze zur Verfügung stehen!
- ☞ Aufgrund der umfangreichen Meliorationsmaßnahmen insbesondere in den 1950er bis 1970er Jahren verfügen die ostdeutschen Länder über erhebliche Flächen, die sich zur **Renaturierung und Moorrevitalisierung** eignen. Die dabei eingesparten CO₂-Emissionen müssen einkommensgerecht wirksam werden, so dass Renaturierung und Moorrevitalisierung auch wirtschaftlich attraktiv werden. Und: Wir brauchen neue Formen der Landwirtschaft, wie zum Beispiel die „nasse Landwirtschaft“ (Paludikultur). Hier kann Ostdeutschland Innovations-treiber sein, wenn es gelingt die gemeinsame Agrarpolitik der EU entsprechend zu ändern.

3. FINANZEN

Überall in Deutschland leben Menschen gerne und gut. Damit sich unsere Heimat noch besser entwickeln kann, müssen und wollen wir investieren – in Bildung, in Kindergärten, eine verlässliche Infrastruktur, Sicherheit: in Lebenschancen eben. Ein gutes Zusammenleben ist unbezahlbar, muss aber bezahlt werden.

Die SPD steht für einen handlungsfähigen Staat, der den Menschen die gleichen Startchancen ermöglicht und sie unterstützt. Für einen Staat, der unser aller Zusammenleben verbessert und Innovationen ermöglicht.

Nicht ins Bild passt 30 Jahre nach der friedlichen Revolution, dass bei den Steuereinnahmen zwischen Ost und West noch größere Unterschiede bestehen als beim erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt. Gemessen am Bundesdurchschnitt erreicht der Osten pro Kopf nur etwa 55 Prozent der Steuereinnahmen, obwohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften.

Anders im Westen: Auf Grund der regionalen Konzentration der Wirtschaft stehen einigen Ländern dort Steuereinnahmen über ihre eigentliche Wirtschaftskraft hinaus zu. **Bei der Verteilung der Steuern unter den Ländern gilt das Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“.**

Wir müssen diese strukturelle Schieflage beseitigen. Besonders die Zerlegungsregeln bei Einkommens- und Körperschaftssteuer, also die Verteilung der Einnahmen auf die Länder, benachteiligen derzeit den Osten. Den einseitigen Bezug auf Lohnsummen statt auf Wertschöpfung bei der Körperschaftssteuer halten wir nicht mehr für zeitgemäß. Gleiches gilt für die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer. Diese Verteilschlüssel müssen mittelfristig geändert werden und sich künftig an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner oder anderen Parametern bemessen. Die Vorteile wären mehr regionale Gerechtigkeit und die Möglichkeit zu mehr Investitionen in jenen Gebieten, die sie besonders benötigen.

Hinzu kommt, dass sich die finanzstarken Länder mit der Abschaffung des Länderfinanzausgleichs ein gutes Stück aus dem solidarischen Ausgleichssystem zurückgezogen haben. Alle ostdeutschen Bundesländer sind dadurch stärker auf den Bund angewiesen. Außerdem werden, nicht zuletzt wegen des Brexit, bisherige EU-Förderregionen in Ostdeutschland künftig spürbar weniger Geld

aus den EU-Strukturfonds erhalten. Um diese Lücke zu füllen, muss Deutschland sein nationales System der Strukturförderung neu ausrichten. Wir fordern deshalb, das im Koalitionsvertrag vereinbarte gesamtdeutsche Fördersystem ab 2020 rechtzeitig vor dem Ende des Solidarpakts zu beschließen. Klar ist dabei: Die EU darf nationale Fördermaßnahmen nicht über ihr Beihilferegime verhindern.

Die ostdeutschen Bundesländer müssen von den DDR-Erblasten der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme befreit werden. Derzeit stellen die ostdeutschen Länder dafür jährlich 3,1 Milliarden Euro bereit. Das Geld fehlt an anderer Stelle. **Wir fordern eine Reform des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG).** Der Bund muss einen höheren Anteil an den Zusatzversorgungssystemen übernehmen. Außerdem brauchen wir eine Lösung für die Altschuldenproblematik in Ost- und Westdeutschland.

Die SPD will den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler abschaffen. **Anders als CDU, CSU und FDP wollen wir sehr hohe Einkommen weiter an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen und das Aufkommen von etwa 10 Milliarden Euro im Jahr für Kitas, Schulen und Infrastruktur nutzen.**

Wir brauchen eine **Neugestaltung der Erbschafts- und der Vermögensteuer.** In Deutschland gibt es hohe Erbschaften und Vermögen, die nicht ausreichend besteuert werden. Zwar ist die Erbschaftsteuer eine Ländersteuer, zudem fällt das Erbschaftsteueraufkommen derzeit in den ostdeutschen Bundesländern eher gering aus, dennoch halten wir an der Forderung fest, große Erbschaften höher zu besteuern. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit.

4. GUTES UND SICHERES LEBEN: WAS UNS ZUSAMMENHÄLT

Wir wollen eine Gesellschaft, die Möglichkeiten eröffnet, die Einzelne schützt und denen, die straucheln, ein Netz bietet. Wir wissen, woher wir kommen, wir wissen um die Bedeutung von Zusammenhalt. Ohne sozialen Ausgleich und eine Balance der Interessen zerfällt eine Gesellschaft. Aber wir wollen auch eine Gesellschaft, die durchlässig ist und offen genug für solche, die später dazu stoßen. Wir wollen einen Staat, der Regeln für alle festlegt und diese auch durchsetzen kann.

Junge Menschen müssen sich entfalten können, Frauen endlich die gleichen Chancen wie Männer haben, und Bildung muss auch in der praktischen Politik jenen Stellenwert erfahren, der ihr in Sonntagsreden oft leichtfertig zugeschrieben wird. Wir wollen eine Politik machen, die die großen Herausforderungen frühzeitig erkennt und sich ihnen rechtzeitig stellt.

EINE SOZIALE MIETEN, BAU UND BODENPOLITIK

Die Wohnungsfrage ist eine dieser großen sozialen Fragen. Der zunehmenden Knappheit in den Ballungsräumen stehen schrumpfende Regionen mit signifikantem Leerstand gegenüber. Wir brauchen Konzepte, die die Attraktivität der strukturschwachen Räume stärken und den Zuzug in die Städte mittelfristig bremsen. Wir unterstützen die geplante Weiterentwicklung der Städtebauförderung mit Blick auf den Stadtumbau und die Leerstands-beseitigung in Verbindung mit generationen- und klimagerechter Modernisierung und erforderlichem (Ersatz-)Neubau. Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind dabei verlässliche Partnerinnen und Partner. Unser besonderes Augenmerk wird der Stärkung der Ortskerne in kleinen und mittleren Städten und Dörfern gelten, die qualitativ volles Wohnen mit einer modernen

Infrastruktur verbinden. Indem wir auch schrumpfenden und peripheren Räumen Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven geben, stärken wir den sozialen Zusammenhalt. Das gelingt umso besser, je mehr wir die Raumordnung und Regionalplanung über alle föderalen Ebenen hinweg aufeinander abstimmen und die interkommunale Zusammenarbeit verbessern.

Deshalb haben Bund, Land, Kommunen und Wohnungswirtschaft eine gemeinsame Verantwortung. Der Staat muss wieder zum Akteur werden. Wir können uns nicht allein auf den Markt verlassen. Wir brauchen einen Mietpreis-Stopp. Und wir müssen der Bodenspekulation ein Ende setzen. Dazu hat die SPD bereits konkrete Vorschläge gemacht. Wenn Bauland brach liegt und unbebaut bleibt, müssen die Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer zahlen. Und die Kommunen müssen die Besitzenden verpflichten zu bauen. Wir setzen uns für langfristige Bindungen im sozialen Wohnungsbau ein. Außerdem wollen wir die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen stärken.

Bezahlbare Mieten sind ein echter Standortvorteil ostdeutscher Großstädte. Wir wollen keine Verhältnisse mit überhitzten Mietmärkten. Der Preis für Wohnen und für Gewerbe steigt aber auch im Osten – nicht nur in den Ballungszentren. Das sorgt für Verunsicherung und verändert unsere Städte und Dörfer. Mit einer konsequenten Mietenpolitik wollen wir Sicherheit für die Mieterinnen und Mieter schaffen. Einbeziehen werden wir dabei auch die Gewerbemieten. Wenn wir nicht eingreifen, verkommen unsere Zentren zu öden Orten.

Das Wohngeld braucht eine Dynamisierung, die einen automatischen Inflationsausgleich schafft, ohne dass der Bundestag alle paar Jahre nachbessern muss. Stabile Mieten sind nur zu erreichen, wenn die Kommunen wieder selbst beginnen, Wohnraum zu schaffen – um so das Angebot zu erhöhen und den Markt zu entlasten.

Zu wenig gekümmert haben wir uns in der Vergangenheit um die Bodenpolitik. Die Steuerung von **Grund und Boden gehört in den Städten und Gemeinden in die öffentliche Hand. Es sind nicht zuletzt die Bodenpreise, die die Mietpreise bestimmen.** Deshalb müssen wir hier eingreifen und mit einer konsequenten Liegenschaftspolitik die Abschöpfung von Spekulationsgewinnen bekämpfen.

Wohnungsunternehmen müssen wieder als gemeinnützig anerkannt werden können.

Dafür werden wir uns in der Bundespolitik und auf der Ebene der Europäischen Union konsequent einsetzen.

Kurzfristig fordern wir eine Mietenstabilisierung. Außerdem wollen wir:

- ☞ **Die Absenkung der Modernisierungsumlage von 11 auf 6 Prozent (statt 8 Prozent wie im Koalitionsvertrag vorgesehen) und eine Kappungsgrenze von maximal 2 €/qm für acht Jahre (statt 3 €/qm für sechs Jahre).** Da Luxusmodernisierung einer der Hauptinstrumente zur weiteren Segregation in nachgefragten Wohnlagen ist, sind hier weitergehende Forderungen denkbar. Auf jeden Fall sollte über die mit der CDU verhandelten Werte des Koalitionsvertrages hinausgegangen werden.
- ☞ Eine bundesweite Pflicht zur **Offenlegung der Vormiete** (Mietpreisbremse). Die Novellierung der Mietpreisbremse war ein weiterer wichtiger Schritt, **es gibt aber noch zu viele Ausnahmen.**

- ☞ **Bundeseinheitliche Kriterien für qualifizierte Mietspiegel und eine Ausweitung des Berechnungszeitraumes von vier auf zehn Jahre**, um die starken Steigerungen der letzten Jahre auszugleichen. Mietspiegel müssen durch einheitliche Regeln endlich rechtssicher werden.
- ☞ Die Vereinbarung eines **Mietendeckels / Mietenstopps für fünf Jahre**, in denen zusätzlich der soziale Wohnungsbau vorangetrieben wird.

Außerdem haben wir folgende bodenpolitische Forderungen:

- ☞ Einführung einer Grundsteuer C zur **Eindämmung von Spekulationen**. Diese Möglichkeit wäre den Ländern / Kommunen gegeben, sofern der am 1.2.2019 verhandelte Kompromiss zwischen Bund und Ländern umgesetzt würde.
- ☞ Generelle Vergabe von kommunalen Grundstücken in Erbbaurecht oder mit klarer und dauerhafter **Zweckbindung** an sozial orientierte Bauträger wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.
- ☞ Keine neuen B-Pläne ohne eine kooperative Baulandentwicklung zur Sicherung eines mindestens **30-prozentigen Anteils von Sozialwohnungen** und sozialer Infrastruktur.
- ☞ Alle für Wohnungsbau und kommunale Zwecke nutzbaren Flächen des Bundesvermögens müssen Kommunen mit Vorkaufsrecht zu fairen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Das gilt sowohl für die Grundstücke im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als auch anderer nutzbare Liegenschaften, etwa aus dem Bundeseisenbahnvermögen.
- ☞ Darüber hinaus müssen wir einen Webfehler der deutschen Einheit korrigieren: Die **Altschuldenregelung** muss geändert und die Gemeinnützigkeit von kommunalen Wohnungsbauunternehmen wieder möglich werden.
- ☞ Es bleibt beim Ziel, dass sich in den Kommunen verschiedenste Bevölkerungs- und Einkommensgruppen möglichst gleichmäßig verteilen. Beim Bezug von Transferleistungen finden wir uns mit etwaigen negativen Verteilungseffekten durch die Kosten der Unterkunft nicht ab, stattdessen glauben wir an notwendige Anpassungen.

JUGEND

- ☞ Junge Leute finden heute wieder Perspektiven in Ostdeutschland. Das ist nach jahrelanger Abwanderung eine gute Botschaft. Doch die jüngere Generation ist nur mit einer guten Ausbildung, guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen zu locken, mit schnellem Internet und Mobilität in der Stadt und auf dem Land und einer intakten Infrastruktur. Die Bevölkerung im Osten altert rapide. Nicht immer hat dieser Bevölkerung die Interessen der nachwachsenden Generation im Blick. Deshalb müssen wir hier einen Ausgleich schaffen: Wir fordern das **Wahlalter für alle Wahlen in Deutschland auf 16 zu senken**.
- ☞ Wir fordern eine **Mindestausbildungsvergütung, die ihren Namen verdient**. Wir sprechen uns mit den Gewerkschaften für eine Orientierung an den durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen aus. Eine gesetzliche Lösung darf nicht hinter die einschlägige Rechtsprechung zur Ausbildungsvergütung zurückfallen. Auszubildende lernen nicht nur, sondern leisten Arbeit und tragen zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens bei.

- ☞ Für junge Menschen ist die Qualität der Ausbildung von entscheidender Bedeutung. Gute Ausbildung braucht Zeit. **Wir lehnen eine Verkürzung von Ausbildungszeiten ab.**
- ☞ Mit höheren **Fahrtkosten und Wohnkostenzuschüssen** sowie besseren Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir die berufliche Bildung optimieren. Jugendlichen muss eine gebührenfreie Erstausbildung garantiert werden. Diese schließt den gesamten Bildungsweg von der Kita bis zum Meisterbrief / Master ein.
- ☞ Studien zeigen, die Mehrheit der jungen Erwachsenen positioniert sich Richtung „Weltoffenheit“ und Demokratie; wenngleich die jungen Ostdeutschen von den Leistungen der Demokratie häufiger enttäuscht sind als gleichaltrige Westdeutsche. Deshalb brauchen wir mehr politische und geschichtliche Bildung. **Dafür wollen wir insbesondere die Mittel der Landeszentralen für politische Bildung noch weiter erhöhen und Fördermöglichkeiten für Jugendzentren schaffen.** Wir begrüßen das Engagement von jungen Menschen – sei es in Vereinen, in der Schülerinnen- und Schülervertretung oder in anderem Rahmen, wie den fridays-for-future-Demonstrationen ausdrücklich.
- ☞ Wir rufen allen aus Ostdeutschland stammenden jungen Leuten zu: Fahrt nach Hause und redet mit euren Eltern und Großeltern, auch über die Nachwendezeit und mögliche Kränkungen und Ungerechtigkeiten! **Sprecht darüber, dass ein Land nicht lebenswert ist, wenn es von Rechtspopulisten regiert wird und deshalb junge Leute abwandern.** Es ist Eure Zukunft!

BILDUNG

Das Kooperationsverbot wurde dank der SPD in den vergangenen Jahren weiter gelockert. Der Bund, der die Länder und Kommunen bei der Finanzierung von Bildung unterstützt, trägt zur Schaffung gleichwertiger Lebenschancen bei. Wir werden weiter an einer vollständigen Abschaffung des Kooperationsverbotes arbeiten.

- ☞ Wir wollen, dass alle jungen Menschen ihren Weg machen können, unabhängig davon, wo sie wohnen oder welche Bildungsabschlüsse ihre Eltern haben. Deshalb müssen wir bereits von frühester Kindheit an **gleiche Bildungschancen bieten. Das gut ausgebaute staatliche Kita-System im Osten ist ein Vorbild für ganz Deutschland.**
- ☞ Um diesen Erfolg zu sichern, unterstützt der Bund Qualität und Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung. Eine **Verstetigung des Gute-Kita-Gesetzes** ist dafür notwendig.
- ☞ Auch in den Schulen und Berufsschulen muss mehr Geld in Qualität und digitale Bildung investiert werden. Es ist ein Erfolg, dass sich Bund und Länder geeinigt und den **Digitalpakt mit 5,5 Mrd. Euro für die Schulen auf den Weg gebracht haben.** Wir brauchen jetzt eine Verständigung zu nachhaltigen Strukturen (Wartung, Serverpflege) und gemeinsamen Standards/ Plattformen (SchulCloud).
- ☞ Die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt stellt gänzlich neue Anforderungen an unsere Schulen. Menschliche Arbeit wird sich künftig vor allem dem Unberechenbaren, dem Einzigartigen widmen und deshalb wesentlich aus dem Umgang mit anderen Menschen (statt mit Roh- und Werkstoffen) bestehen. Damit werden Fähigkeiten wie Kommunikation, Empathie, Lern- und Urteilsfähigkeit wichtiger, die mit solidem Wissen über den Umgang mit digitalen Geräten und Diensten sowie künstlicher Intelligenz unterfüttert werden müssen.

- ☞ Wir brauchen eine länderübergreifende Verständigung auf Konzepte gegen den Lehrermangel. Jedes Land muss entsprechend des eigenen Bedarfes und mit genügend Vorlauf (7 Jahre) ausbilden. Es braucht dazu bessere Absprachen und Kooperation.

Weil große Unternehmen mit ihren Forschungsabteilungen in Ostdeutschland eher fehlen, sind häufig die Hochschulen Innovations- und Wachstumsmotoren für die Regionen. Wir brauchen eine Fortsetzung und Verstetigung des Hochschulpaktes mit einer jährlichen Steigerung der Grundfinanzierung der Hochschulen. Die ostdeutschen Bundesländer haben seinerzeit Studienplätze gehalten, um doppelte Abiturjahrgänge aus dem Westen mit aufzufangen, jetzt ist umgekehrte Solidarität erforderlich.

Wir möchten wieder **mehr jungen Menschen den Zugang zum BAföG ermöglichen**, Hürden abbauen und die Leistungen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten und veränderten Lebenssituationen anpassen. Insbesondere Kinder aus **Familien in der gesellschaftlichen Mitte** sollen durch eine Anhebung der Einkommensfreigrenzen einen leichteren Zugang zum BAföG erhalten. Um frühzeitig die Chancen auf ein Hochschulstudium zu verbessern, soll das **SchülerBAföG** mittelfristig wieder ausgebaut werden – auch für Schülerinnen und Schüler, die noch im Elternhaus leben.

Das BAföG muss dabei in der Lebens- und Studienrealität ankommen: Wir müssen das Teilzeitstudium förderfähig machen. Altersgrenzen machen im Sinne lebenslangen Lernens wenig Sinn. Der Leistungsnachweis nach vier Semestern in einem sechssemestrigen Bachelorstudiengang oder einem viersemestrigen Master ist überholt und sollte entfallen. Kleinere Stipendien (abseits des Deutschlandstipendiums, etwa für Lehramts- oder Medizinstudierende, die in den ländlichen Raum gehen) sollten anrechnungsfrei gestellt werden.

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Die gesamte Bundesrepublik hat viel vom Osten gelernt – sie kann aber noch mehr lernen. Es gibt so etwas wie eine weibliche ostdeutsche Identität, die sich über Generationen bis heute erhalten hat. Es ist der für die Frauen selbstverständliche Anspruch auf persönliche Unabhängigkeit, auf **Familie und Beruf**. Es ist berechtigter Stolz auf das eigene Leben und die eigene Selbständigkeit. Dieses Rollenverständnis prallte mit der Wende auf das westdeutsche Modell der Hausfrau mit Vollversorger. Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurden westdeutsche Rechtsnormen und Gleichstellungsvorstellungen im Osten etabliert. Aus ostdeutscher Sicht war dies vor allem in Sachen Gleichberechtigung ein Rückschritt.

In der DDR waren Frauen beruflich gleichgestellt. Und auch wenn dies vielfach anders erinnert wird, waren Frauen wesentlich weniger in Führungspositionen vertreten. 30 Jahre nach dem Mauerfall hat sich dies im vereinigten Bundesgebiet zwar nicht grundlegend geändert, zumal die Ostdeutschen generell in Führungspositionen stark unterrepräsentiert sind. Das gilt nicht für ostdeutsche Frauen. Sie sind überproportional häufig vertreten. Ostdeutsche Frauen überholen hier nicht nur ihre westdeutschen Kolleginnen, sondern auch die ostdeutschen Männer. Die ostdeutschen Frauen wollen Anerkennung! Und sie wollen gleichzeitig mehr Selbstverständlichkeit. Sie wollen selbstverständlich gleich bezahlt, selbstverständlich gleichbehandelt werden. Auch wenn der Gender Pay Gap mit sieben Prozent in Ostdeutschland geringer ausfällt als im Westen, brauchen wir mehr Anstrengungen, um zu gleichen Löhnen zu kommen. **Frauengerechte Tarifabschlüsse** stehen hier im Mittelpunkt – vor allem in sozialen Berufen, in denen mehrheitlich

Frauen arbeiten. Um die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen, muss das Entgelttransparenzgesetz auf alle Betriebe ausgeweitet werden.

Unterschiedliche Löhne benachteiligen Frauen auch im Alter: Sie bekommen niedrigere Renten. Deshalb würden mehr Frauen als Männer von der Grundrente profitieren, wie sie Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgeschlagen hat. Wir sorgen damit auch für mehr Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen.

Eine Reform des **Ehegattensplitting** muss weiter auf der Agenda stehen.

Wir treten für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein. Das hilft den Eltern und verbessert die Bildungs- und Teilhabechancen der Kinder.

Wir wollen mehr Frauen als Abgeordnete, in der Kommune genauso wie in Europa: Im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission, im Bundestag, in den Landtagen, in den kommunalen Vertretungen. **Unser Ziel ist Parität: 50:50** für Frauen und Männer. Wir nehmen uns ein Beispiel an dem Brandenburger Parité-Gesetz und an den europäischen Ländern, die bereits Paritätsgesetze haben.

GESUNDHEITSVERSORGUNG AUF DEM LAND STÄRKEN

Die Gesundheitsversorgung auf dem Land muss genauso gut sein wie in den Städten. In unserer Gesellschaft darf sich keine Zwei-Klassen-Medizin entwickeln, die zwischen Stadt- und Dorfbewohnerinnen und -Bewohnern unterscheidet. Vor allem ältere Menschen auf dem Land werden immer weniger mobil und drohen dadurch nicht selten schlechter medizinisch versorgt zu sein sowie zu vereinsamen. Die rein hausärztliche Versorgung kann diese Herausforderung alleine nicht bewältigen. Deshalb brauchen wir eine stärkere mobile Gesundheitsversorgung, die zu den Menschen in die Dörfer vor Ort kommt.

Wir wollen die Gesundheitsversorgung verbessern, indem **Gesundheitsmobile** eingeführt werden. Gesundheitsmobile sind „mobile Beratungsstellen“ zu zentralen Fragen der Gesundheit und Pflege. Sie können mit Arzthelferinnen / Arzthelfern oder Pflegefachkräften besetzt werden. Ihre Aufgaben liegen in der **Beratung und Unterstützung** beispielsweise zu Diabetes, Bewegung, Gelenkerkrankungen, Herz-Kreislauf und Pflege. **Prävention** steht hierbei im Mittelpunkt. Ein Ziel soll es sein, Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu verhindern, um gerade älteren Menschen ein selbständiges Leben Zuhause auch auf dem Dorf zu ermöglichen. Außerdem vermitteln die Gesundheitsmobile zu weiteren Versorgungsangeboten wie zum Beispiel Ärzten, Pflegestützpunkten, aber auch ehrenamtlichen Vereinen und Nachbarschaftshilfen, um einer Vereinsamung von älteren Menschen entgegenzuwirken. **Die Angebote der Gesundheitsmobile sind kostenlos und werden vor Ort in den Dörfern durch regelmäßige Besuche durchgeführt.** Durch die Gewinnung von Kooperationspartnern (z.B. Hilfsorganisationen, Bürgermeisterinnen/-meister, Ärztinnen und Ärzten) können die Gesundheitsmobile zu einem verankerten Baustein der Gesundheitsversorgung werden. Die Gesundheitsämter setzen entweder eigene Gesundheitsmobile ein oder stellen sicher, dass andere Anbietende eine gleichwertige mobile Gesundheitsversorgung durchführen.

KULTUR

Kunst und Kultur und deren Freiheit sind existentiell für unsere demokratische Gesellschaft. Diese Errungenschaften der friedlichen Revolution von 1989 sind für den Osten Deutschlands von besonderer Bedeutung. Auch die Erkenntnis, dass das einmal Errungene keine Selbstverständlichkeit ist, ist vor diesem historischen Hintergrund zu sehen. Wir leben in einer Zeit, in der Populistinnen und Populisten versuchen, Freiheiten zu beschneiden und, wie in Polen und Ungarn aktuell zu erleben, politisch unliebsame Direktorinnen und Direktoren von Kultureinrichtungen und Künstlerinnen und Künstler zu entlassen bzw. ihrer künstlerischen Freiheit zu berauben.

Kultur und Kunst sind Mittler und Vermittler in unserer Gesellschaft. Sie regen zum Dialog an, sie spitzen gesellschaftliche Konflikte mit künstlerischen Mitteln zu, aber sie versöhnen auch und erzeugen Gemeinschaft. Kultur und Kunst schaffen aber auch Identität mit der Heimat und öffnen gleichzeitig den Blick für andere Identitäten. Viele Kommunen haben den Wert der Kultur für die Einheimischen wie für Gäste oder Zugezogene schätzen gelernt. Sie zu erhalten und Neues zu ermöglichen muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommunen sein.

Kulturelle Bildung ist eng verbunden mit Kreativität und muss selbstverständlicher Teil von Bildung sein. Kulturelle Bildung muss den gleichen Stellenwert haben wie mathematisches Können oder die Lesefähigkeit. Alle Kinder sollen Zugang dazu haben – in Kindertagesstätten und Schulen. Der Zugang zu öffentlich geförderten Kultureinrichtungen muss bis zum 18. Lebensjahr kostenfrei sein.

Kunst für alle und Kunst von allen ist heute wichtiger denn je – unabhängig vom Alter, vom Wohnort, von der Herkunft, Religion oder Geschlecht. Die Förderung von Kunst und Kultur muss zu einer Pflichtaufgabe der öffentlichen Haushalte werden.

SICHERHEIT

Rund jeder zweite Deutsche hat Angst, Opfer eines Einbruchs zu werden, obwohl im Jahr 2017 nur jeder 350. Haushalt tatsächlich von einer solchen Attacke betroffen war und die Zahlen bundesweit sinken. Kurz: Die Bevölkerung droht das Vertrauen in ihre, in unsere Polizei zu verlieren. Deshalb wollen wir mehr Polizeibeamtinnen und -Beamte sichtbar auf unseren Straßen haben.

Die Menschen müssen sich überall, nicht zuletzt im grenznahen Raum, darauf verlassen können, dass der Staat sie bestmöglich vor Straftaten schützt. Für eine bessere Aufklärung der sogenannten Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche und Diebstahl brauchen wir mehr Ermittlerinnen und Ermittler.

Zur guten Ausbildung von Polizei gehört für uns auch psychologische, politische und juristische Bildung, die es den Beamtinnen und Beamten ermöglicht, sich auch in Stresssituationen wie großen Demonstrationen angemessen zu verhalten. Der Schutz der Bürgerrechte ist für uns eines der zentralen Ziele guter Polizeiarbeit.

Und es braucht mehr Fürsorge: Unsere Polizistinnen und Polizisten sind zu oft am Ende ihrer physischen und mentalen Kräfte und schieben einen Berg an Überstunden vor sich her. Das ist familien- und gesundheitsgefährdend. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf die Motivation, wenn Überstunden nicht abgegolten werden können und deren Verfall droht. Daher wollen wir für Polizeibeamtinnen und -Beamte Arbeitszeitkonten einführen.

Dies gilt auch für die Ausstattung mit zeitgemäßer Technik und Schutzausrüstung. Noch immer arbeiten in Deutschland nahezu alle Bundesländer mit unterschiedlichen Datenbanksystemen und Erhebungsmethoden. Das ist ein Unding. Inzwischen ist die Einsicht gewachsen; das Bundeskriminalamt arbeitet gemeinsam mit den Ländern am Projekt „Polizei 2020“: Mit ihm sollen alle Polizeibehörden der Bundesrepublik Zugriff auf ein gemeinsames Datensystem bekommen. Dabei darf es keine anlasslose Datenspeicherung oder -abfrage geben.

Polizeiliches Handeln muss für alle Beteiligten – für Bürgerinnen und Bürger genauso wie für Polizistinnen und Polizisten – transparent und überprüfbar sein. Wir stehen für die Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten. Wir sprechen uns darüber hinaus für die Erprobung von Bodycams aus. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Aufnahmen nur eine gewisse Zeit gespeichert werden dürfen und dass sie allen, die ein berechtigtes Interesse anmelden können, zur Verfügung stehen.

Ja, es gibt ein überproportionales rechtsextremes Potential im Osten. Deshalb verurteilen und bekämpfen wir den Rechtsextremismus im Osten seit Jahrzehnten. **Wir sagen aber auch, dass billige Pauschalurteile über Ostdeutschland falsch und schädlich sind.** Wir werden sie weiterhin scharf zurückweisen und einen differenzierten Blick einfordern. Wir müssen ein stärkeres Augenmerk auf die richten, die seit langem mutig für eine stärkere Zivilgesellschaft im Osten eintreten. Es gibt viele stille Heldinnen und Helden des Alltags, die zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen.

Eine wichtige Erkenntnis aus dem NSU-Verfahren ist, dass insbesondere die Sicherheitsbehörden frühzeitig und sensibel auf antisemitische, rassistische und andere menschenverachtende Einstellungen in den eigenen Reihen reagieren müssen. Wir werden sie dabei unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund besser erfasst, aufgeklärt und ausgewertet werden.

5. REFORMPOLITIK FÜR EINEN NEUEN SOZIALEN AUSGLEICH IN DEUTSCHLAND

Das Zukunftsprogramm Ost beinhaltet ein klares Bekenntnis zu einem sozialeren und gerechteren Ausgleich in Deutschland. Wir müssen den Wert der Arbeit stärken, die Lebensleistung würdigen und eine Antwort auf Abstiegsängste finden. Wir brauchen eine Antwort auf Kinderarmut. Es wird immer deutlicher, dass die soziale Ungleichheit und das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, den Zusammenhalt in unserem Land gefährdet. Diese Aufgabe stellt sich auch für viele Regionen und Städte Westdeutschlands. Doch in Ostdeutschland ist die Dringlichkeit bis weit in die (untere) Mittelschicht zu spüren. Deshalb bleibt eine Konzeption für einen neuen Sozialstaat eine zentrale Zukunftsaufgabe.

1990 standen alle ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor einer Zäsur. Arbeitslosigkeit, Zukunftsängste und prekäre Arbeitsbedingungen haben in Ostdeutschland tief auf Familien und Lebensläufe eingewirkt. Die meisten haben sich durchgekämpft. Aber das Gefühl von Anerkennung oder Respekt hat sich zu selten eingestellt. Durch den Strukturwandel haben Millionen von Beschäftigten unregelmäßige und unterbrochene Arbeitsbiographien. Gerade im Osten haben viele Menschen geringe Einkommen und müssen trotz Arbeit oder Anspruch auf Arbeitslosengeld I zusätzlich Leistungen nach dem SGB II beantragen. Zu häufig müssen Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter Grundsicherung beantragen.

Es gibt mehr Kinderarmut, weil mehr Eltern als Aufstockerinnen und Aufstocker oder Arbeitslose SGB II-Leistungen beziehen. In Ostdeutschland ist der Anteil der Alleinerziehenden deutlich höher als in Westdeutschland. Es gibt weniger Besserverdienende und mehr Menschen mit geringem Einkommen. Der Anteil der Menschen in abgehängten Milieus ist höher. Das gilt auch für die Schulabbruchsquoten.

Aus ostdeutscher Sicht sind folgende Punkte zentral für eine Reform der Sozialpolitik:

WIR WOLLEN MEHR LEISTUNGSGERECHTIGKEIT

Viele Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg um. Sie befürchten, im Falle von Arbeitslosigkeit bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben.

Wir fordern eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Wer mindestens 35 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll mehr haben als andere, die nie oder nur kurz gearbeitet haben. Wir setzen uns dafür ein, die **Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (ALG 1) wieder zu verlängern** und die Bezugsvoraussetzungen zu erleichtern. **Bei diesem Modell müssen wir gerade in Ostdeutschland dafür Sorge tragen, dass Geringverdienende mit ihrem ALG 1 nicht aufstocken müssen.**

Wir wollen höhere Freigrenzen für angesparte Vermögen, damit diese nicht mehr für die Berechnung des Arbeitslosengeldes II herangezogen werden. Wir unterstützen den Vorschlag, bei ALG I-Empfängerinnen und -Empfängern zwei Jahre lang auf eine Überprüfung von Vermögen und Wohnungsgröße zu verzichten. Wir wollen den Schutz von selbst genutztem Wohneigentum ausweiten, niemand, der in Zukunft Bürgergeld bezieht, soll in dieser Zeit die eigene oder gemietete Wohnung verlassen müssen.

Die SPD setzt sich für einen Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen ein, die durch die Rentenüberleitung der Nachwendezeit Nachteile erlitten haben wie etwa Krankenschwestern, den ehemaligen Beschäftigten der DDR-Braunkohleveredelung, den in der DDR Geschiedenen oder den ehemaligen Reichsbahnerinnen und Reichsbahnern. Die CDU hat sich in den Koalitionsverhandlungen massiv dagegen gewehrt. Der Härtefallfonds ist ein erster Schritt. Langfristig stellen wir uns aber mehr vor.

Wer arbeiten will, soll auch arbeiten können. **Wir wollen den sozialen Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Neben dem Teilhabechancengesetz prüfen wir auch landesspezifische Modelle wie das Solidarische Grundeinkommen, das derzeit in Berlin getestet wird.**

Eine große Gruppe, die dort nicht hingehört, bekommt ebenfalls Hilfen: Die Niedrigverdienenden, die aufstockende Leistungen beantragen müssen. Dieses Problem lässt sich nicht im Sozialsystem, wohl aber auf dem Arbeitsmarkt lösen. Wir müssen Niedriglöhne grundsätzlich und nachhaltig bekämpfen. Es muss einfacher werden, **Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.** Tariflöhne sind stets besser als der Mindestlohn. **Gleichwohl stehen wir einer deutlichen Anhebung des Mindestlohnes – perspektivisch auf 12 Euro – sehr positiv gegenüber.**

WIR WOLLEN EINE SOZIALDEMOKRATISCHE KINDERGRUNDSICHERUNG EINFÜHREN.

Das neue „Starke-Familien-Gesetz“ ist ein Meilenstein nicht zuletzt für ostdeutsche Familien mit kleinen Einkommen.

Wir wollen zudem eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung für alle Kinder in Deutschland einführen. Kinder dürfen nicht länger arm oder armutsgefährdet sein, nur weil die Eltern ein geringes Einkommen haben. Zu oft ist ein Ein-Eltern-Haushalt für Kinder ein Armutsrisiko.

Aus der Perspektive Ostdeutschlands unterstützen wir die Idee, eine solche Kindergrundsicherung in zwei Teile zu gliedern: Zum einen führen wir bislang einzeln ausgezahlte, einzeln zu beantragende und zum Teil aufeinander anzurechnende Leistungen (wie etwa Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket oder Leistungen aus dem SGB II) zu einer Kindergrundsicherung zusammen und vereinfachen das System auf diese Weise. Hierfür wollen wir auch die Schnittstellen zum Wohngeld und zu Unterhaltsvorschussleistungen besser abstimmen.

Zum anderen würden auch die **Infrastrukturleistungen** in Kita, Schule, Ganztagsbetreuung und Teilhabe an Förderangeboten berücksichtigt. Die beiden Säulen „individuelle Grundsicherung“ und „infrastrukturelle Förderung“ machen die neue Leistung aus. Wir wollen deswegen, dass mehr Angebote wie Kita, Schule, Ganztagsbetreuung, Mittagessen und Mobilität kostenfrei werden. Aber auch Teilhabe und Zugang zu Kultur müssen für alle bezahlbar sein.

Generell würde die sozialdemokratische Kindergrundsicherung für mehr Gerechtigkeit für all jene sorgen, **die wie die Kassiererin oder der Paketbote gerade so viel verdienen, dass sie kein Wohngeld, keine Teilhabeförderung oder keine Befreiung vom Kitabeitrag erhalten. Diese Zahlen zwar nur wenig Steuern, sie werden aber** Eltern mit Spitzensteuersatz gleichgestellt, die über den steuerlichen Freibetrag monatlich bis zu 89 Euro mehr Geld für jedes ihrer Kinder bekommen.

EIN SOZIALSTAAT AUF AUGENHÖHE.

Anders als in Westdeutschland hat die Sozialstaatsreform im Osten viele Menschen betroffen, die jahrzehntelang gearbeitet hatten und dann von der Arbeitslosenhilfe ins Hartz IV-System abgerutscht sind. Das war nicht nur eine finanzielle Schlechterstellung. Schlimmer war das Gefühl, mit Menschen auf eine Stufe gestellt zu werden, die nie gearbeitet oder eine Ausbildung absolviert hatten. Die verbreitete Politikverdrossenheit in Ostdeutschland hat viel zu tun mit einer gehörigen Verwaltungsverdrossenheit.

Wir wollen die bestehende Grundsicherung grundlegend verändern und ersetzen Hartz IV durch ein Bürgergeld. Das neue Bürgergeld basiert auf dem Solidaritätsprinzip und auf der Annahme, dass die Menschen den Sozialstaat brauchen und ihn nicht missbrauchen. Dabei sind Anreize, gezielte Hilfen und Ermutigung wichtiger als Sanktionen. **Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen gehören abgeschafft.** Die strengeren Sanktionen von unter 25-Jährigen sind offenkundig kontraproduktiv. Eine komplette Streichung von Leistungen soll es nicht mehr geben.

Vor allem aber werden wir die Eingliederungsvereinbarung, den grundlegenden Vertrag zwischen den Erwerbssuchenden und dem Jobcenter, ablösen durch eine Teilhabevereinbarung, die einem **Agreement auf Augenhöhe** entspricht. Mit ausreichend Personal wollen wir eine intensivere Betreuung gewährleisten. Durch eine Anhebung der **Bagatellgrenze** wollen wir unsinnige Rückforderungen vermeiden.

6. ES BRAUCHT EINEN DEMOKRATISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN AUFBRUCH IN OST UND WEST

REPRÄSENTATION

Im Osten steht in Führungspositionen von Politik, Unternehmen und Verbänden vielerorts ein Generationswechsel an, den wir nutzen sollten, um mehr Ostdeutschen Führungsverantwortung zu übertragen. Um diese Repräsentationslücke zu schließen, fordern wir eine **Selbstverpflichtung von Politik, Medien, Wirtschaft, Verbänden und Justiz mit dem Ziel, mehr Menschen mit ostdeutschem Hintergrund in den Führungsebenen der Institutionen zu verankern**. Der oder die Ost-Beauftragte der Bundesregierung soll in seinem jährlichen Bericht über Fortschritte in diesem Bereich berichten. Zwingend ist aus unserer Sicht, das Bundesverfassungsgericht schnellstmöglich auch mit ostdeutschen Richterinnen und Richtern zu besetzen.

Es müssen weitere Bundesbehörden in Ostdeutschland angesiedelt werden. Wir wollen untersuchen, ob Bewerberinnen und Bewerber aus den ostdeutschen Bundesländern in den Bundesbehörden seltener berücksichtigt werden. Sollte dies zutreffen, müssen wir uns über effektive Gegenmaßnahmen Gedanken machen.

GESELLSCHAFTLICHER DIALOG ÜBER DIE NACHWENDEZEIT UND EINEN GESELLSCHAFTLICHEN AUFBRUCH FÜR DIE ZUKUNFT

Wir wollen einen gesellschaftspolitischen Diskurs in ganz Deutschland über die Nachwendezeit und die Deutsche Einheit beginnen. Für einen solchen Aufbruch und eine solche Aufarbeitung braucht es einen nachhaltigen gesellschaftlichen Prozess.

Rechtspopulisten nutzen und schüren seit nunmehr fast 30 Jahren das Gefühl des Zukurzgekommenenseins im Osten. Deshalb bedarf es mehr denn je einer **gesellschaftlichen Verständigung über den Charakter der SED-Diktatur und der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik, aber auch über die Bedeutung der Friedlichen Revolution** für die Freiheits- und Demokratiegeschichte. **Diese Debatte muss aber ergänzt werden durch einen Diskurs über die deutsche Einheit seit 1990, der Erfolge ebenso thematisiert wie Misserfolge und anhaltende Probleme.**

Erste Überlegungen sind folgende: Wir brauchen **erstens** eine öffentlich-wissenschaftliche Aufarbeitung der ganzen Nachwendezeit. Dazu stehen mittlerweile die Akten der Treuhand zur Verfügung. Gleichzeitig muss dieser Prozess die Erfahrungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen einbeziehen. Es müssen Wege und Instrumente gefunden werden, um konträre Ergebnisse der Forschung zu kommunizieren, zu erklären und Dilemmata und Widersprüche darzustellen. Es gilt das Schiefgelaufene und das Erfolgreiche in jenem historischen Umbruch zu verstehen und benenn- und handhabbar zu machen. Wir regen an, dazu ein Forschungs-Cluster oder Forschungsnetzwerk zu initiieren.

Wir brauchen **zweitens** die Beschreibung vieler tausend Einzelerfahrungen. Auch damit soll die damalige Umbruchszeit deutlich werden wie sie war: widersprüchlich, kompliziert, voller schwieriger Entscheidungen.

Um dies einzurahmen braucht es **drittens** eine breite gesellschaftliche Debatte. Eine Aufarbeitung darf nicht in einer zehnbändigen Edition zur Nachwendezeit enden. Es geht um eine in die Zukunft gerichtete Diskussion im ganzen Land, mit einer Vielzahl an lokalen Aktionen und Formaten der Aufarbeitung in Ost und West. Weil die Aufmerksamkeit im Westen dafür kaum vorhanden ist, **befürworten wir die Errichtung eines „Zukunftszentrum Ost“ zur Deutschen Einheit in einer mittelgroßen Stadt in Ostdeutschland** als einem Ort, an dem ost- und westdeutsche Erfahrungen und Lebensbiografien gesammelt, Forschung, Dokumentation und Kultur stattfindet und eine differenzierte Darstellung des Einigungsprozesses präsentiert werden kann.

CHANCE FÜR DIE DEMOKRATIE UND DIE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT.

Viertens braucht es einen gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch, weil die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger andere Erfahrungen gemacht haben, weil andere Prägungen, Herausforderungen und Ängste bestehen.

Das gesellschaftspolitische Engagement in Ostdeutschland ist wenig institutionell gebunden und findet weniger in Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen statt. Es hat sich eigene Strukturen zugelegt. **Es geht also um erlebbare Demokratie und Mitbestimmung.** Dafür unterstützen wir die **Gründung der Deutschen Engagemenstiftung (DES)** in einer ostdeutschen Stadt, die zivilgesellschaftliches Engagement für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft dauerhaft stärkt. Gerade vor Ort wünschen sich die Menschen mehr Mitsprache – **erst recht in Gegenden, in denen der Strukturwandel besonders stark erlebbar ist.** Dies entspricht auch dem Demokratieverständnis vieler Menschen im Osten.

Daher wollen wir eine verstärkte Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, die über **Konsultationsverfahren Akzeptanz und Legitimation politischer Entscheidungen stärken.** Wir stellen uns einen regionalen Partizipationsprozess vor, in dem Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Gestaltung des Strukturwandels nehmen – zum Beispiel in den Braunkohleregionen. Dabei muss die Balance zwischen repräsentativer Demokratie und Partizipation immer gewährleistet bleiben.

Schließlich braucht es eine dauerhafte Förderung von Demokratieprojekten, um das Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes zu stärken. **Wir unterstützen Bundesfamilienministerin Franziska Giffey bei ihrem Vorhaben, ein Demokratiefördergesetz zu erarbeiten.**

Freiheit, Demokratie und Teilhabe waren uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer essentiell wichtig. Wir waren an der Friedlichen Revolution von 1989 maßgeblich beteiligt, wir haben Verantwortung übernommen und Erfahrung mit Brüchen und Aufbrüchen.

Auch wenn wir in den ostdeutschen Ländern schon bessere Zeiten erlebt haben, sind wir davon überzeugt, dass unsere Werte und Überzeugungen richtig sind und gebraucht werden. Sie sind universell und zeitlos.

Wir leben in bewegten Zeiten. In diesen setzen wir auf das Potenzial des deutschen Ostens, auf seine Identität; auf die Kraft einer Gesellschaft, der Ausgleich wichtig ist, die auf Zusammenhalt setzt und niemanden zurücklassen will.

Wir sind selbstbewusst genug, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Mit Kreativität, Solidarität und Weltoffenheit.